

Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtschlüssel: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abnahme und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftragneher 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 286

Bad Schandau, Donnerstag, den 8. Dezember 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Havas dementiert aus Genf die von der Chicago Tribune gebrachte Nachricht über eine angebliche Begegnung Briand-Russolini. In dieser Nachricht sei kein einziges wahres Wort. Auch der Quai d'Orsay erklärt, daß über diese Zusammenkunft nichts bekannt sei.

* Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen wurden gestern mit kurzen Erklärungen des deutschen Verhandlungsführers Frohwein und des polnischen Verhandlungsführers v. Juchaczki geschlossen. Letzterer lud die deutschen Verhandlungsteilnehmer ein, die gegenseitige Aussprache am 27. und 28. Januar 1928 in Warschau fortzusetzen.

* In der mittelamerikanischen Republik San Salvador wurde der Kriegszustand verkündet, um einen organisatorischen Aufstand der Regierungsgegner, die unter Führung des früheren Präsidenten Melendes stehen, niederzuschlagen.

Neuer Mut.

Die Lage im Versicherungsgewerbe. Tief in das Leben eines jeden einzelnen hinein greift die Versicherung. Wer nicht den verschiedenen Arten der staatlichen Versicherung unterliegt, ersetzt das durch Anschluß an die vielfältigen Zweige der Privatversicherung. Die Tagung des Reichsverbandes für Privatversicherungen hat so recht gezeigt, von welcher ungeheurer Wichtigkeit nach den verschiedensten Seiten hin gerade dieser Teil unseres Wirtschaftslebens ist. Schwere Zeiten liegen hinter ihm. Die Inflation zerstörte die riesigen Kapitalien nicht bloß der großen Versicherungsgesellschaften, sondern zerrieb auch einen Teil der kleineren vollständig. Die Währungsstabilisierung hat den Überlebenden neuen Mut gemacht und auf der Tagung konnte mit Stolz darauf hingewiesen werden, daß man vielfach über den Versicherungskreis der Vorkriegszeit schon recht weit hinausgekommen ist. Nicht bloß zahlenmäßig etwa, sondern auch die innere Festigkeit ist durch zahllose Rückversicherungsverträge — auch mit ausländischen Gesellschaften — rasch vorwärtsgeschritten. Einen Teil ihrer Kapitalien, wenn auch einen kleinen, rettete ihnen das Aufwertungsgebot; waren es doch nicht zuletzt die großen Privatversicherungen, die die ihnen zustehenden Gelder der Versicherer in der Form langfristigen, meist hypothekarischen Kredits festzulegen pflegten. Diese Gewohnheit gerade ist aber, volkswirtschaftlich gesehen, jetzt vielleicht von noch größerer Wichtigkeit als vor dem Kriege und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat auf der Tagung des Reichsverbandes demgemäß es auch zum Hauptpunkt seiner Ausführungen gemacht, angesichts des spärlichen Fließens der Kreditquellen in der Gegenwart es als dankbare Aufgabe der Versicherungen zu bezeichnen, hier in die Bresche zu treten, besonders deshalb, weil die Geschäftsergebnisse der Versicherungsgesellschaften wieder recht gute geworden sind. Eine innere Festigung der Privatversicherung bedeutet auch die jüngsten Entwicklungen, die zu einer Zusammenballung mehrerer großer Konzerne geführt haben, so daß jetzt die Gefahr, einem kräftigen Aufstrome irgendeines Naturereignisses zu erliegen, besonders deswegen als ausgeschlossen erscheint, weil ein solcher Riesenkonzern — und der deutsche ist jetzt der größte in ganz Europa — natürlich es viel leichter hat, in eine Verbindung mit großen ausländischen Konzernen zu treten.

Vielgestaltig ist das Leben von heute und darum nicht minder vielgestaltig auch die Form der Versicherungen. Hier aber prallt die Vielgestaltigkeit besonders heftig mit der juristischen Möglichkeit, das Eintreten eines Versicherungsfalles festzustellen, hart aufeinander. Juristisch läßt sich immer nur eine Zusammenfassung festlegen, aber bei der Versicherung kommt ja immer nur der Einzelfall in Frage. Man kennt die Versicherungsverträge mit ihren schier unzähligen Paragraphen — und doch sind die Streitigkeiten darüber sehr häufig, ob und wie im Versicherungsfalle die Pflichten der Gesellschaft zu erfüllen sind. Der beste Ruhm, den eine Versicherungsgesellschaft haben kann, ist aber der, „laut“ zu sein und — meist lohnt es sich für sie, laut zu sein. So manche Streitigkeiten hofft man aber, wenigstens auf einem Gebiete, nämlich auf dem der Feuerversicherung, durch eine Neufassung des Gesetzes beseitigen zu können. Das gilt nicht bloß in Kleinigkeiten, sondern hat tiefere Bedeutung; ist doch beweisbar, wie stark die Zahl der Brände abhängig ist von der — Wirtschaftskontunktur! Ist diese günstig, so verringert sich die Zahl der Brände, um aber bei einem Konjunkturmehrwert wieder anzuleigen. Beträübend ist die andere Tatsache, daß ein Drittel aller Brandschadenfälle auf vorsätzlicher Brandstiftung beruht.

Auch die Privatversicherung erhebt laute Klagen über das Vordringen der öffentlich-rechtlichen, namentlich der Provinzial- und städtischen Versicherungsanstalten, weit

Wer wird Präsident der Vereinigten Staaten?

Coolidge verzichtet auf Wiederwahl.

Bekräftigung der früheren Erklärung.

Im Hochsommer d. J. hatte der Präsident der Vereinigten Staaten schon angekündigt, er werde bei der nächsten Wahl für den Präsidentenstuhl nicht mehr kandidieren. Diese Andeutung wurde damals dahin ausgelegt, Coolidge werde bei genügendem Zureden doch noch einer Wiederaufstellung zustimmen. Jetzt unterstrich aber Coolidge seine damalige Kundgebung mit folgenden Worten vor dem Republikanischen Parteiausschuss, der anlässlich der Kongreßeröffnung in Washington zusammentrat:

„Wir nähern uns jetzt der Zeit, wo man an die Zukunft denken muß. Die Partei muß ihren Kandidaten, der mein Nachfolger werden soll, benennen. Um Zeit für ruhige Überlegung zu geben, erkläre ich am 2. August, daß ich nicht beabsichtige, für die Präsidentschaft 1928 zu kandidieren. Diese Erklärung steht fest und kein Mensch soll glauben, daß ich sie abändere. Ebenso hoffe ich, daß meine Entscheidung geachtet wird.“

Diese Erklärung Coolidges hat selbst auf seine nächsten politischen Freunde überraschend gewirkt. Man hatte bisher immer noch angenommen, er werde im letzten Augenblick doch sich einer Wiederwahl nicht entgegensetzen, das scheint nun ausgeschlossen zu sein. Die jetzt meistgenannten Kandidaten der Republikanischen Partei für die kommende Wahlkampagne sind zurzeit der San-

über den Rahmen des ihnen zustehenden Gebietes hinaus. Auch der neueste Zweig, die Versicherung der Autobesitzer, soll der „öffentlichen Hand“ übergeben werden. Das bedeutet eine Konkurrenz, die durchaus nicht immer diesen öffentlich-rechtlichen Versicherungen nützt, sicherlich aber den privaten Gesellschaften großen Abbruch tut. Das Versicherungswesen ist — und muß es sein — außerordentlich fein geribt und anschniegbarer Natur, da ist Bureaumatismus also noch unangebrachter als sonstwo.

Die Genfer Tagung des Völkerbundes.

Stresemann für Verminderung der Ratstagungen.

Mittwoch früh trat der Rat zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Deutschland war am Ratstisch durch Staatssekretär von Schubert vertreten, da Reichsminister Dr. Stresemann den Besuch des litauischen Ministerpräsidenten Wolde maras erhielt, der bereits vorher mit dem französischen Außenminister Briand eine längere Unterredung gehabt hatte. Auf der Tagesordnung der Sitzung standen die Durchführung von im Ausland erlassenen Schiedssprüchen in Handelsfällen, ferner Fragen, die mit den Entschlüssen der Weltpressenferenzen vom August dieses Jahres zusammenhängen, und schließlich der Tätigkeitsbericht des Hygieneausschusses des Völkerbundes. Die Angelegenheiten wurden zustimmend erledigt.

In einer anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurde der englische Antrag auf Herabsetzung der Zahl der jährlichen Ratstagungen von vier auf drei besprochen. Es entspann sich eine allgemeine Debatte, in der Chamberlain sowie auch der mittlerweile erschienene Außenminister Dr. Stresemann für Verminderung der Ratstagungen auf drei eintraten. Verschiedene andere Redner äußerten dagegen Bedenken. Die Frage wurde nicht zu Ende beraten. Für nachmittags war eine weitere öffentliche Sitzung anberaumt, die sich mit dem polnisch-litauischen Streitfall beschäftigen sollte und in welcher der litauische Ministerpräsident Wolde maras und der polnische Außenminister Jaleski Erklärungen abgeben wollten.

Der polnisch-litauische Konflikt.

Militärische Sachverständige.

Die neuen Schwierigkeiten, die sich bei der Behandlung des polnisch-litauischen Streitfalles ergeben haben sollen, beziehen sich hauptsächlich auf die Art und Weise, wie eine gewisse Kontrolle für die Durchführung der Regelung des Streitfalles durch den Rat gewährleistet werden kann. Nach einer Darstellung wurden Schritte unternommen, um Rechtsgarantien zu erhalten für den Fall der Aufhebung des Kriegszustandes. Man denkt an die Einsetzung eines Ausschusses von militärischen Sachverständigen, welche die Verhältnisse an der polnisch-litauischen Grenze zu überwachen hätten. Dieser Plan stößt aber insbesondere auf polnischer Seite auf Widerstand.

dessekretär Herbert Hoover, Vizepräsident Dawes, der Sprecher des Repräsentantenhauses, Longworth, der frühere Gouverneur von Illinois, der Farmer Snowden, und endlich Senator Curtis.

Für starke amerikanische Rüstung.

Bei seiner Jahresbotschaft zur Kongreßeröffnung betonte Coolidge, Amerika müsse zum Schutze seines ausgedehnten Handels und seiner weiten Gebiete an beiden Ozeanen eine starke Kriegsflotte, besonders zahlreiche Unterseeboote und eine hinreichende Luftverteidigung besitzen. Amerika habe im Einklang mit dem Grundsatz, daß ein Betrüben vermieden werden muß, kürzlich versucht, zu einem Drei-Mächte-Abkommen zu gelangen. Aber während Japan sehr weitgehend mitarbeitete, sei Amerika außerstande gewesen, mit Großbritannien ein Abkommen herbeizuführen. Die Genfer Konferenzergebnisse seien meistens ohne Inhalt gewesen. Durch keine Propaganda würde sich Amerika zu einer Kursänderung beeinflussen lassen. Soweit keine Vertragsbeschränkungen beständen, sei es durchaus Amerikas Sache, zu bestimmen, wie groß die Flotte der Vereinigten Staaten sein soll. Coolidge ging noch kurz auf die Eigentumsfrage ein und erklärte, der Kongreß habe liberale Vorkehrungen zur Rückgabe eines großen Teils des ehemals feindlichen Eigentums getroffen. Zum Schluß äußerte sich Coolidge über China, Mexiko und Nicaragua und erklärte, Amerika wolle überall den Frieden.

Die Forderungen von Wolde maras.

Genf. In der öffentlichen Nachmittagsitzung des Völkerbundes am Mittwoch beantragte der litauische Ministerpräsident Wolde maras nach eingehender Darlegung der Ereignisse, die sich seit dem Oktober dieses Jahres zwischen Polen und Litauen abgespielt haben, folgende Maßnahmen des Völkerbundes zur Beilegung des litauisch-polnischen Konflikts: 1. Der Völkerbundrat soll eine internationale Kontrollkommission schaffen, die sich an Ort und Stelle, und zwar auf beiden Seiten der polnisch-litauischen Grenze über die militärische Lage an der Grenze informieren und hierüber dem Völkerbund Bericht erstatten soll. 2. Die litauische Regierung beantragt, daß die polnischen Varden im Gebiet von Wilna aufgelöst werden. Sie ist der Ansicht, daß die Organisation dieser Varden eine dauernde, ernstliche Bedrohung Litauens bedeute. Sie seien geschaffen worden, um Litauen zu besetzen. Die litauische Regierung sei der Ansicht, daß die Organisation der Varden in Litauen der polnischen Regierung zur Last gelegt werden müßte und einem direkten militärischen Angriff Polens auf Litauen gleichkäme. 3. Die litauische Regierung beantragt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung derjenigen Maßnahmen, die die polnische Regierung gegen polnische Staatsangehörige litauischer Nationalität ergriffen hat.

Saardelegation in Genf.

In Genf ist die saarländische Delegation eingetroffen, die mit dem Völkerbundrat über die Erneuerung eines neuen Mitgliedes der Saargebietung verhandeln soll. Man nimmt an, daß das bisherige belgische Mitglied der Saargebietung, Lambert, demnächst auscheiden soll. Die Saardelegation wünscht auch mit der deutschen Delegation über die allgemeine Wirtschaftslage des Saargebietes, die Fragen der Elektrizitätswirtschaft und der Kohlenausfuhr zu sprechen.

Der große Tag in Genf.

Wolde maras spricht.

Genf, 7. Dezember. Der Völkerbundrat eröffnete heute nachmittag in einer öffentlichen Sitzung die Debatte über den polnisch-litauischen Streitfall. Der Sitzungssaal bot das Bild eines großen Tages. Sämtliche Mitglieder des Völkerbundesrates, sowie sämtliche Delegationen waren vollständig erschienen. Der Andrang der Presse und des Publikums war ungewöhnlich groß. Zu Beginn der Sitzung forderte der Präsident den litauischen Ministerpräsidenten Wolde maras, der in Begleitung des litauischen Gesandten in Paris kurz vor der Eröffnung der Sitzung erschienen war, auf, am Ratstisch Platz zu nehmen und erzielte ihm sofort das Wort. In einer etwa 45stündigen Rede schilderte Wolde maras in chronologischer Reihenfolge die Ereignisse der letzten Monate, die zu dem Antrage Litauens beim Völkerbunde geführt hatten. Wolde maras sprach frei. Er betonte, daß bereits gleich nach Kriegsbeginn die Frage aufgetaucht sei, wie die östlichen Randstaaten ihre Unabhängigkeit würden aufrechterhalten können. Allein das Vertrauen auf den Völkerbund als unparteiische internationale Instanz gewährte eine Garantie für die Sicherheit dieser Staaten. In dieser Hoffnung habe Litauen sich an den Rat gewandt, um ihm die Tatsachen zu unterbreiten, die die Ruhe und den Frieden im Osten stören